dbb beamtenbund und tarifunion

Nr. 35 **23. Oktober 2026**

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

aktuell

Informationsdienst des dbb

Inhalt

dbb-Chef bei „Hart aber fair“
Das Berufsbeamtentum garantiert einen funktionierenden Staat

Pflege und Beruf
Fehlende Vereinbarkeit verschärft Personalmangel

Zustand der beruflichen Schulen
Überlastete Lehrkräfte: So kann das nicht weitergehen

dbb frauen
Keine Rentenreform auf Kosten der Pflegenden

dbb jugend
Staatsmodernisierung geht nur mit den Beschäftigten

dbb jugend
Staat muss Perspektive junger Menschen einnehmen

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin
Becker drängt auf Regierungsbildung

Hessen
Bündnis für eine verfassungsgemäße Besoldung gegründet

Mecklenburg-Vorpommern
Aufgabenkritik statt pauschaler Stellenkürzung gefordert

Thüringen
Spardruck: Aufgabenkritik gefordert

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)
Flughafenbetreiber müssen in Sicherheitstechnik investieren

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Schülerproteste: Wer Mangel säht, erntet Protest

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ
Zollforum 2026: Moderner Zoll, starker Standort

Namen und Nachrichten

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb-Chef bei „Hart aber fair“

Das Berufsbeamtentum garantiert einen funktionierenden Staat

Sind Beamte zu privilegiert? Würde es uns besser gehen, wenn Beamte in die Rentenkasse einzahlen? Volker Geyer hat sich den Fragen bei „Hart aber fair“ gestellt.

In der Talkshow vom 19. Oktober 2026 machte der dbb-Bundesvorsitzende klar: „Die Frage ist doch: Möchte ich einen handlungsfähigen Staat oder möchte ich ein Gerechtigkeitsgefühl bedienen? Das Berufsbeamtentum ist dafür gemacht worden, dass wir einen krisenresilienten Staat haben. Erst recht in den Bereichen, in denen er funktionieren muss.“

Geyer betonte: „Beamtinnen und Beamte sind auf die Verfassung vereidigt und ein Bollwerk gegen Extremismus. Das ist vor allem an Schulen und vor allem heute sehr wichtig.“ Er wolle beispielsweise nicht, dass eine neue AfD-Landesregierung in Sachsen-Anhalt den Lehrkräften sagen kann, wie sie zu unterrichten haben.

In der Sendung wurden auch die vermeintlichen Privilegien der Beamtinnen und Beamten angesprochen. „Das mit den Privilegien ist ein Vorurteil“, erklärte Geyer. „Die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nimmt zu. Ist das auch ein Privileg?“ Vorurteile gegen Beamtinnen und Beamten habe es schon immer gegeben. „Aber wenn wir die Menschen fragen, was Lehrkräfte oder die Polizei alles leistet, dann reflektieren sie und erkennen, dass es sie für einen handlungsfähigen Staat braucht.“

Sollen Beamte in die Rentenkasse einzahlen? Volker Geyer argumentiert für den dbb dagegen: „In der gesamten Debatte haben wir darum gebeten, sich an den Fakten zu orientieren.“ Und die Fakten sagen: Im Bericht der Rentenkommission steht ausdrücklich drin, dass es für den Steuerzahler teurer würde. Der Rentenversicherung würde es auch nicht nützen, wenn die Beamten einbezogen würden, da es dann mehr Ansprüche gibt. „Das ist simple Mathematik“, so Geyer.

Mit Blick auf die Zukunft nannte Geyer vier Punkte, wie dem Personalmangel im öffentlichen Dienst entgegengewirkt werden könnte: „Der Staat muss sich einer Aufgabenkritik stellen, Bürokratie abbauen, KI einführen und bei der Gesetzgebung drauf schauen, dass dadurch nicht noch mehr Aufwand entsteht.“ Allein durch die neue Zuckersteuer und die Plastiksteuer seien zum Beispiel mehrere hundert zusätzliche Stellen erforderlich. „Die Politik muss endlich mal mit den Bürgern diskutieren, welche Aufgaben der Staat künftig noch erledigen soll und welche nicht."

Pflege und Beruf

Fehlende Vereinbarkeit verschärft Personalmangel

Rechnungen der Bertelsmann Stiftung und Prognos zeigen: 2045 werden 13 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter ein Familienmitglied pflegen. Die Politik muss rechtzeitig vorsorgen.

„Die Zahlen zeigen, dass die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nicht nur eine anhaltende Herausforderung ist. Sie wird sich in Zukunft weiter verschärfen“, betonte Andreas Hemsing, zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik sowie Mitglied im unabhängigen Beirat zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, am 21. Oktober 2026. Denn wenn Beschäftigte ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder einstellen, um Pflegearbeit leisten zu können, entstehen für sie finanzielle Nachteile – im Einkommen wie in der Rente.

Schon jetzt bedarf es daher besserer Rahmenbedingungen für die Pflegenden, forderte Hemsing: „Die Einführung einer Entgeltersatzleistung als Familienpflegegeld, analog zum Elterngeld, ist zwingend erforderlich.“ Der dbb fordere das schon seit Jahren. 2025 hatte sich Bundesfamilienministerin Karin Prien für die Ersatzleistung ausgesprochen, seitdem war aber nichts passiert.

Darüber hinaus sollen flexible Arbeitszeitmodelle ausgebaut werden: „Pflegende müssen

die Möglichkeit erhalten, neben der Pflege eines An- oder Zugehörigen weiter erwerbstätig zu bleiben“, so der dbb-Vize. In vielen Fällen könne Telearbeit die Pflegenden merklich entlasten.

Aus Sicht von Hemsing würden auch die Arbeitgeber von einer besseren Vereinbarkeit profitieren: „Aufgrund der Pflegesituation werden sonst viele Pflegende dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn die Arbeitgeber und Gesetzgeber ihren Aufgaben nicht nachkommen, wird es in den nächsten Jahren zur erheblichen Abnahme dringend benötigter Erwerbstätigen kommen.“ Das würde auch den Arbeitskräftemangel weiter verstärken.

Milanie Kreutz, stv. dbb-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, ergänzte: „Aktuell machen Frauen einen Anteil von zwei Dritteln bei den pflegenden Angehörigen aus. In den nächsten 20 Jahren wird dieser Anteil auf knapp drei Viertel ansteigen. In absoluten Zahlen sind das fast 600.000 Frauen, die weniger oder gar nicht mehr erwerbstätig sein können.“ Deshalb sei die Vereinbarkeit und gerechte Aufteilung der Pflegearbeit auch eine Frage der Gleichstellung.

Gerade die informelle Pflege, also die Betreuung pflegebedürftiger Personen durch Familienmitglieder, Freunde oder Nachbarn ohne formale Ausbildung, stelle eine tragende Säule im Pflegebereich dar. „Es kann nicht sein, dass Frauen, die den Großteil dieser unverzichtbaren Arbeit schultern, durch genau diese Arbeit schlechtere Aussichten in Sachen Einkommen und Rente haben“, unterstrich Kreutz. Die informelle Pflege müsse deswegen im öffentlichen und politischen Diskurs viel stärker vorkommen. Denn: „Auch unbezahlte Pflegearbeit ist Arbeit.“

Zustand der beruflichen Schulen
Überlastete Lehrkräfte: So kann das nicht weitergehen

Die Lehrkräfte an beruflichen Schulen sind für die Weiterentwicklung des deutschen Berufsbildungssystems unverzichtbar. Sie bereiten zukünftige Generationen für den Arbeitsmarkt vor. Aber der Berufsalltag wird zunehmend zur Herausforderung.

Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender des dbb und Fachvorstand Tarifpolitik, hat sich am 22. Oktober 2026 bei einem Besuch im Kaufmännischen Berufsbildungszentrum (KBBZ) Saarlouis ein Bild von der Lage vor Ort gemacht. Im Gespräch mit Vertretern der Schulaufsicht, des Ministeriums und den Lehrkräften ging es um die aktuellen Herausforderungen im Unterricht: „Die Hauptaufgabe der Lehrkräfte ist natürlich die Lehre“, sagte Hemsing. „Aber es werden immer mehr und mehr Aufgaben auf sie abgeladen. Für die Schülerinnen und Schüler werden die Lehrkräfte zunehmend zu Jugendpsychologen und Lebensberatern. Zudem werden sie mit Bürokratie überladen – und das macht sie zusätzlich zu Verwaltungsfachangestellten und nimmt damit wertvolle pädagogische Ressourcen.“

Dadurch werde es zunehmend schwieriger, den pädagogischen Auftrag in vollem Umfang zu erfüllen. Die Gesamtsituation stelle eine zunehmende Belastung dar, zumal kein Ausgleich für die Mehrarbeit erfolgt, weder durch ein höheres Einkommen noch durch mehr Arbeitszeit. „So kann das nicht weitergehen“, stellte Hemsing klar.

Erschwerend kommt hinzu: Lehrkräfte müssen mittlerweile verstärkt Bildungslücken bei den ankommenden Schülern und Schülerinnen schließen. Das betreffe vor allem Sprachkenntnisse und grundlegende Kompetenzen wie Mathematik oder Problemlösefähigkeit.

Am KBBZ Saarlouis wurde die Fachoberschule Verwaltung sowie Steuer und Finanzen eingeführt, die auf einer engen Verzahnung von Öffentlichen Verwaltung und Unternehmen basiert. So werden vor dem Hintergrund rückläufiger Bewerberzahlen, Bildungs- und Schulabbrüchen und einer zunehmen beruflichen Orientierungslosigkeit Wege des Zugangs zu den vielfältigen beruflichen Möglichkeiten im Öffentlichen Sektor geschaffen.

Hemsing hob die Bedeutung der strategischen Kooperationen hervor: „Wir haben überall im öffentlichen Dienst mit Personalmangel zu kämpfen – konkret sind über 630.000 Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt. Projekte, die gut ausgebildete Fachkräfte in den Staatsdienst bringt, sind daher Gold wert.“

Hemsing bezog auch Position zur steigenden Gewalt an den Schulen: „Gewalt hat an den Schulen keinen Platz. Die Lehrkräfte, genau wie die Schülerinnen und Schüler, haben ein Recht auf einen Unterricht, bei dem sie nicht mit Übergriffen rechnen müssen." Nötig seien starke und konsequente Schutz- und Präventionsmaßnahmen. „Die steigende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst beschäftigt uns sehr", erklärte der dbb-Vize. „Wir brauchen klare Alarm- und Notfallpläne, Deeskalations- und Sicherheitstrainings für Schulpersonal sowie eine bessere psychosoziale Unterstützung für Betroffene."

Hintergrund: Organisiert hatte das Treffen der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. (BvLB).

dbb frauen
Keine Rentenreform auf Kosten der Pflegenden

Die Union diskutiert, die abschlagsfreie Altersrente nach 45 Versicherungsjahren beizubehalten und dafür Erziehungs- und Pflegezeiten weniger zu berücksichtigen.

„Das ist der falsche Weg", stellte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stv. dbb-Bundesvorsitzende, am 20. Oktober 2026 klar. „Die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren ist sinnvoll, solange Pflegezeiten darin zur Geltung kommen. Pflegearbeit ist nun mal Arbeit, wenn auch unbezahlt." Es entstehe zunehmend der Eindruck, dass Frauen und Kinder an politischer Bedeutung und Stimme verlieren. „Dem stellen wir uns als dbb frauen entschieden entgegen." Welches Gewicht das Thema hat, hatte der vergangene dbb bundesfrauenkongress gezeigt, auf dem zahlreiche Anträge zur Anerkennung unbezahlter Care-Arbeit eingegangen waren.

„Eine Rentenreform darf nicht auf Kosten derjenigen gehen, die Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernommen haben. Es ist gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit, die noch immer überwiegend von Frauen übernommen wird. Ausgerechnet diese Zeiten bei der abschlagsfreien Rente geringer zu berücksichtigen, würde allen Pflegenden einen Bärendienst erweisen." Eine Rentenreform müsse die unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen stärker berücksichtigen, statt Sorgearbeit nachträglich abzuwerten. Kreutz weiter: „Wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt hat, darf am Ende nicht erfahren, dass ausgerechnet diese Sorgearbeit weniger zählt."

Wenn die Politik diesen Weg trotzdem gehen will, müsse mindestens gelten: „Solange Sorgearbeit nicht gleich verteilt ist, kann ihre geringere Berücksichtigung bei der Rente nicht geschlechtsneutral sein. Dann muss dafür gesorgt sein, dass Sorgearbeit und Erwerbsausfälle künftig partnerschaftlicher verteilt werden, insbesondere dort, wo steuerlich finanzierte Ersatzleistungen diese absichern."

Bislang gilt, dass die Altersrente für besonders langjährig Versicherte nicht ausschließlich die Zeiten der Erwerbsarbeit berücksichtigt. Unter bestimmten Voraussetzungen gehören auch Kindererziehungs- und Pflegezeiten zu den anrechenbaren Versicherungszeiten. „Genau diese Anerkennung ist aus gleichstellungspolitischer Sicht unverzichtbar: Frauen leisten nach wie vor deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer", erklärte Kreutz. Die rentenrechtliche Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten gleiche Nachteile, die dadurch entstehen, dass Eltern für die Kindererziehung beruflich kürzertreten, zumindest teilweise aus.

Schon heute tragen Kindererziehung, Angehörigenpflege und längere Teilzeitphasen dazu bei, dass Frauen geringere Rentenansprüche erwerben. „Wer nun zusätzlich die Berücksichtigung dieser Zeiten beim Zugang zur abschlagsfreien Rente beschneiden will, setzt am völlig falschen Ende an", kritisierte die dbb frauen-Chefin. „Eine zukunftsfeste Rentenpolitik muss unterschiedliche Lebens- und Erwerbsverläufe berücksichtigen. Sorgearbeit darf dabei nicht zum Sparhebel einer Rentenreform werden."

dbb jugend
Staatsmodernisierung geht nur mit den Beschäftigten

Wer täglich in der Verwaltung arbeitet, weiß, woran es hapert – dieses Wissen muss die Politik nutzen, betont die dbb jugend.

„Demokratie bedeutet für mich, dass alle mitreden, die es letztlich betrifft", sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 21. Oktober 2026 bei einem Gespräch mit dem CSU-Bundestagsabgeordneten Konrad Körner. „Deshalb versteht es sich von selbst, dass die Politik die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes konsequent einbeziehen muss, wenn es um Verwaltungsmodernisierung geht. Sie kennen die Baustellen und wissen, welche digitalen Lösungen sich bewähren und wo Bürokratie ausufert. Diese Expertise ist unverzichtbar und muss von Anfang an Teil des Modernisierungsprozesses sein."

Um mit den Anforderungen der Zeit Schritt zu halten, braucht es Schulungen, Webinare und Fortbildungen für alle Beschäftigen, unterstrich der Vorsitzende der dbb jugend. „Dabei ist vor allem die Stimme der jungen Kolleginnen und Kollegen von großer Bedeutung. Was für ältere Beschäftigte mitunter Neuland ist, ist für Digital Natives selbstverständlich."

Daria Abramov, Erste stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, machte darauf aufmerksam, dass Kommunen häufig unterschiedliche Wege gehen und eigene Lösungen entwickeln. „Das führt zu Insellösungen und im Endeffekt dazu, dass vor allem überregional nichts mehr ineinandergreift", beklagte sie. „Alle Kommunen müssen ihre Arbeitsweise an digitale Prozesse anpassen, die sich bewährt haben, und nicht umgekehrt. Denn einheitliche Prozesse und vergleichbare Standards steigern die Agilität und Effizienz in der Verwaltung. Das ist im Sinne der Beschäftigten und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger, die sich eine leistungsstarke Verwaltung wünschen."

dbb jugend
Staat muss Perspektive junger Menschen einnehmen

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt spielt ein leistungsstarker öffentlicher Dienst eine zentrale Rolle. Die Politik muss nachbessern.

„Wegen des demografischen Wandels stehen wir vor einem Wendepunkt, es fehlen mehr als 630.000 Fachkräfte", sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, bei einem digitalen Austausch mit dem Jusos-Vorstand am 20. Oktober 2026. „Der öffentliche Dienst muss sich neu aufstellen und den Generationenwechsel aktiv gestalten, damit er seine Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger effektiv erfüllen kann. Dabei darf natürlich die Perspektive der jungen Menschen nicht zu kurz kommen. Denn sie sind die Zukunft des Staates."

Der Vorsitzende der dbb jugend machte deutlich, dass es aus gewerkschaftlicher Sicht viele Baustellen gibt: Die Modernisierung des Staates etwa ist nicht nur zentral, um den Service des öffentlichen Dienstes zu verbessern, sondern auch, um junge Menschen als Fachkräfte zu gewinnen – sonst nehmen sie den Staat als Arbeitgeber nicht ernst. Weiterhin betonte Fandrejewski die Bedeutung einer verlässlichen Förderung der Jugendarbeit. „Wir müssen uns auf die Mittel des Kinder- und Jugendplans des Bundes verlassen können", sagte er. Das gelte auch für die weitere Förderung des Programms Demokratie leben. Auch den Jusos ist dieses Thema ein wichtiges Anliegen.

Zuletzt kritisierte Fandrejewski verbreitete Vorurteile gegen Beamt*innen. „Oft basiert das Beamten-Bashing auf Unwissenheit, die Politik muss die Bedeutung der Arbeit von Beamt*innen mehr in den Fokus rücken", erklärte er und verwies auf das Berufe-Ranking im dbb Monitor. Demnach haben 92 Prozent der Befragten ein hohes oder sehr hohes Ansehen von Feuerwehrleuten – von Beamtinnen und Beamten lediglich 35. „Dieses Beispiel zeigt, dass vielen Menschen gar nicht bewusst ist, dass Feuerwehrleute auch verbeamtet sind."

Der Austausch machte deutlich, wie wichtig es ist, die Anliegen junger Menschen ernst zu nehmen, ihre Beteiligung zu stärken und demokratische Strukturen nachhaltig zu fördern, resümierte Fandrejewski.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Berlin
Becker drängt auf Regierungsbildung

dbb-Landeschef Frank Becker appellierte am 21. Oktober 2026 an die Berliner Politik. Die Hauptstadt und ihre Verwaltung stehen vor großen Herausforderungen, die umgehend angepackt beziehungsweise weiterverfolgt werden müssten.

Weder Verwaltungsreform noch Maßnahmen gegen die wachsende Gewalt, der Ausbau der Digitalisierung oder auch die bessere Ausstattung der Berliner Schulen erlaubten langen Aufschub, sondern müstsen umgehend in die Tat umgesetzt werden. Zu den vordringlichsten Problemen zählte Becker auch den völlig unzureichenden Katastrophenschutz in Berlin. Schließlich gelte es auch, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation bis März nächsten Jahres umzusetzen.

Für ideologische Auseinandersetzungen, insbesondere auch in die Landespolitik übergreifenden Fragen, sieht Becker vor diesem Hintergrund keinen Raum. Die Parteien seien aufgerufen ihre Verantwortung für die Stadt wahrzunehmen und sich schnellstmöglich auf ein tragfähiges Regierungsbündnis zu einigen, dass sich nicht gegenseitig blockiert, sondern die Herausforderungen, vor denen das Land Berlin steht, auf praxisbezogene und realisierbare Weise zu lösen.

Hessen
Bündnis für eine verfassungsgemäße Besoldung gegründet

Vier Verbände bündeln ihre Kräfte: Am 21. Oktober 2026 wurde in Wiesbaden die „Hessische Allianz für eine gerechte Besoldung“ gegründet.

Der dbb Hessen setzt sich seit Jahren für eine verfassungsgemäße und amtsangemessene Besoldung ein. Auch das neue Besoldungsgesetz 2026/2027 räumt nach gemeinsamer Rechtsauffassung der beteiligten Verbände die verfassungsrechtlichen Bedenken nicht aus.

Gemeinsam mit dem DGB Hessen-Thüringen, dem Richterbund Hessen und der Vereinigung der hessischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter fordert der dbb Hessen die Landesregierung auf, endlich Rechtssicherheit zu schaffen und die offenen Nachzahlungsansprüche zu klären. „Wir fordern von der Landesregierung, Rechtssicherheit herzustellen. Sie muss den Schaden begrenzen“, erklärt Volker Weigand vom dbb Hessen.

Mecklenburg-Vorpommern
Aufgabenkritik statt pauschaler Stellenkürzung gefordert

Die künftigen Koalitionspartner in Mecklenburg-Vorpommern haben sich darauf verständigt, in den nächsten fünf Jahren rund 1.000 Stellen im Landesdienst nicht wieder zu besetzen. Der dbb m-v nimmt die Zahlen zur Kenntnis – und widerspricht der Methode.

Wer Stellen streicht, ohne vorher zu prüfen, welche Aufgaben der Staat künftig überhaupt erfüllen soll, spart nicht: Er verlagert Last auf die Beschäftigten und Kosten in die Zukunft,

hieß es am 19. Oktober 2026 vom dbb-Landesbund.

Bis 2031 gehen von rund 38.000 Beschäftigten etwa 7.000 in den Ruhestand. Eine demografische Welle ist kein Sparprogramm, sie ist ein Personalumbruch, der gestaltet werden muss. Rund 1.000 Stellen nicht wieder zu besetzen heißt in der Praxis: Diese Aufgaben bleiben, das Personal dafür nicht. Dass Polizei, Justiz und Bildung ausgenommen werden sollen, macht die Sache nicht besser – es verlagert den Druck in genau die Bereiche, die ohnehin am Limit arbeiten, und in die Kommunen, die dieselben Menschen mitversorgen.

Der dbb m-v fordert daher: Jede Stellenstreichung braucht eine belastbare Antwort auf die Frage, welche Aufgabe entfällt, wer sie bisher erfüllt hat und wer sie künftig erfüllen soll. Eine Stellenkennziffer ohne diese Antwort ist eine Politik der stillen Leistungskürzung. Der Personalbedarf muss sich konsequent aus Aufgaben, Fallzahlen und Erreichbarkeitszielen herleiten lassen – transparent, nachvollziehbar, überprüfbar. Gewerkschaften und Personalvertretungen müssen an allen wesentlichen dienst-, besoldungs-, versorgungs- und tarifpolitischen Vorhaben frühzeitig beteiligt werden – nicht erst, wenn die Entscheidung gefallen ist.

Dazu Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb m-v: „Eine Koalition, die beim Staat spart und nicht bei den Bürgern, muss sich der Frage stellen, welche Aufgaben der Staat eigentlich noch erfüllen soll. Eine Zahl von 1.000 Stellen ist noch keine Antwort auf diese Frage – sie ist der Verzicht darauf. Wir brauchen eine ehrliche Aufgabenkritik: Was kann der Staat leisten, was muss er leisten, und mit wie viel Personal geht das? Erst danach darf über Stellen geredet werden – sonst streichen wir die Leistung und nennen es Konsolidierung."

Thüringen
Spardruck: Aufgabenkritik gefordert

Bereits vor rund einem Jahr wurde in Thüringen eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zur Modernisierung der Landesverwaltung eingesetzt. Ein Zwischenbericht war für Mitte 2026 vorgesehen. Der tbb fragt: „Wo bleiben die Ergebnisse?“

„Welche Doppelstrukturen wurden identifiziert, welche Aufgaben können, effizienter organisiert und welche Verwaltungsabläufe vereinfacht werden?“, hieß es am 20. Oktober 2026 weiter vom tbb. Bevor Personal zum Sparfaktor erklärt werde, müsse die Landesregierung ihre eigenen Strukturen überprüfen. Denn nicht jede Ausgabe für Beschäftigte sei vermeidbar und nicht jede Einsparung sei sinnvoll, wenn dadurch staatliche Leistungen schlechter werden.

Auch die langfristigen Versorgungsausgaben würden Fragen aufwerfen, so der tbb: „Wurden Pensionsverpflichtungen ausreichend vorausberechnet? Welche Folgen hatte die Auflösung des früheren Thüringer Pensionsfonds? Wurden Digitalisierung und Personalentwicklung konsequent genug vorangetrieben? Und welchen Beitrag leisten politische Leitungsstrukturen und zusätzliche Staatssekretärsposten zu den Gesamtausgaben?“

Wer heute vor hohen Personalkosten warne, müsse auch erklären, wie diese Kosten in der Vergangenheit geplant und gesteuert wurden. Es wäre zu einfach, die finanziellen Herausforderungen des Landes allein dem vorhandenen Personalbestand zuzuschreiben. Entscheidend sei, ob die politischen Entscheidungen der Vergangenheit den heutigen und künftigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen haben.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG)
Flughafenbetreiber müssen in Sicherheitstechnik investieren

Nach einem erneuten Sicherheitsvorfall am Flughafen Leipzig/Halle fordert die DPolG die Flughafenbetreiber auf, endlich in moderne Sicherheitstechnik investieren. Die wiederholten Ereignisse an deutschen Flughäfen zeigen deutliche Defizite bei der Absicherung kritischer Infrastrukturen.

Der Bundesvorsitzende der DPolG und dbb-Vize, Heiko Teggatz, erklärt: „Wenn Unbefugte auf das Flughafengelände gelangen können, liegt das Problem nicht bei der Bundespolizei, sondern bei unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen des Betreibers. Es reicht nicht aus, Flughäfen lediglich auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestniveau zu sichern. Betreiber müssen deutlich stärker in moderne Zaunsysteme, Sensorik, intelligente Kameratechnik und automatische Alarmierungssysteme investieren."

Die DPolG verweist darauf, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder gelungen sei, in sensible Sicherheitsbereiche deutscher Flughäfen einzudringen. „Der Schutz deutscher Flughäfen weist erhebliche Defizite auf. Statt nach jedem Vorfall neue Diskussionen zu führen, müssen die Betreiber endlich in moderne Sicherheitstechnik investieren", fordert Teggatz.

Als positives Beispiel nennt der DPolG-Bundesvorsitzende den Flughafen Frankfurt. Dort werden moderne digitale Videotechnik, intelligente Detektionslösungen und weitere Schutztechnologien bereits erfolgreich eingesetzt. An diesem Standard sollten sich auch andere deutsche Flughäfen orientieren.

Teggatz: „Deutschland bewegt sich beim physischen Schutz vieler kritischer Infrastrukturen häufig nur auf einem Mindestniveau. Andere Staaten investieren deutlich stärker in moderne Sicherheitstechnologien. Dabei stehen die technischen Möglichkeiten längst zur Verfügung."

Die DPolG spricht sich zudem für eine deutliche Verschärfung der Anforderungen an Flughafenbetreiber aus. Dort, wo nachweislich unzureichende Sicherheitsmaßnahmen bestehen oder wiederholt Sicherheitslücken festgestellt werden, müssen Bußgelder möglich sein.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Schülerproteste: Wer Mangel säht, erntet Protest

„Junge Menschen wachsen in einer Zeit auf, in der sich vieles gleichzeitig zuspitzt: Kriege und Krisen, der Klimawandel, sicherheitspolitische Unsicherheit und dazu Schulen, die seit Jahrzehnten unter teilweise mangelhaften Bedingungen leiden", erklärt Tomi Neckov, Bundesvorsitzender des VBE am 19. Oktober 2026.

„Dass viele Jugendliche in Sorge sind und das laut sagen, ist nachvollziehbar und ein Zeichen von Engagement und einem hohen Grad an politischer und demokratischer Beteiligung. Ihre Forderungen nach besseren Bildungsbedingungen decken sich mit dem, was wir als VBE seit Jahren anmahnen. Gewalt in jeglicher Form, unabhängig davon, wer sie ausübt, lehnen wir konsequent ab", so Neckov weiter.

Die Proteste von Schülerinnen und Schüler, die aus Frankreich auch nach Deutschland gekommen sind, beschäftigen Schulen im ganzen Land. Der VBE nimmt die Anliegen der Jugendlichen ernst und fordert von den Ländern klare Regeln, damit Lehrkräfte und Schulleitungen im Umgang mit Fehlzeiten und Blockaden nicht allein gelassen werden. Zugleich sieht der VBE die Schulen vor erhebliche praktische Probleme gestellt. Die Schulpflicht gilt weiter, die Praxis im Umgang mit protestbedingten Fehlzeiten ist jedoch von Land zu Land, teils von Schule zu Schule unterschiedlich. Da hier im Einzelfall entschieden werden muss, braucht es eine umgehende Unterstützung betroffener Schulen.

„Wenn junge Menschen auf die Straße gehen, zeigt das, dass sie Demokratie ernst nehmen. Diesen Anspruch wollen wir in der Schule einlösen", so Neckov. „Demokratiebildung gelingt aber nicht nebenbei. Sie braucht Lehrkräfte, die Zeit haben, die Sorgen der Jugendlichen aufzugreifen, kontroverse Themen sachlich zu diskutieren und Mitbestimmung im Schulalltag erlebbar zu machen. Dafür braucht es mehr Investitionen in Personal und Gebäude. Lehrkräftemangel und Sanierungsstau gehören zu den Ursachen der Proteste, und ohne Abhilfe bleibt Demokratiebildung ein Versprechen auf dem Papier. Wer zugleich den Beamtenstatus von Lehrkräften infrage stellt, verunsichert diejenigen, die den Schulbetrieb Tag für Tag sichern. Auch das gehört zu den Unsicherheiten, die wir aktuell erleben. Wer die Sorgen der jungen Generation ernst nimmt, muss bei den Schulen anfangen."

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ
Zollforum 2026: Moderner Zoll, starker Standort

Wie lassen sich wirksame Kontrollen, moderne Zollverfahren und weniger Bürokratie miteinander verbinden? Unter dem Leitmotiv „Der Zoll zwischen Sicherheit, Wirtschaft und Staatsmodernisierung“ diskutierte der BDZ beim Zollforum 2026 in Berlin über die großen Reformvorhaben der kommenden Jahre.

BDZ-Bundesvorsitzender Thomas Liebel machte zum Auftakt deutlich, dass der Zoll heute zugleich Einnahmeverwaltung, Sicherheitsbehörde und Partner der Wirtschaft ist. Neue Befugnisse, bessere Daten und moderne Verfahren könnten ihre Wirkung jedoch nur entfalten, wenn sie im Arbeitsalltag auch tatsächlich vollziehbar seien.

Einen ausführlichen Veranstaltungsbericht gibt es unter www.bdz.eu.

Namen und Nachrichten

Erstmals in der Geschichte der Tarifverhandlungen bei der LVG – Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft zum TV LVG ist es dem **dbb** gelungen, alle Forderungspunkte in der Einigung unterzubringen. Am 20. Oktober 2026 kam es in in nur einer Verhandlungsrunde zu einem bemerkenswerten Tarifabschluss. Im Detail bedeutet das für den Mantel: Stufenweise Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit um jeweils 0,5 Stunden zum 1. Januar 2027, 2028 und 2029; Erhöhung der Jahressonderzahlung in 2027 auf 1.800 Euro, in 2028 auf 2.000 Euro, in 2029 auf 2.200 Euro, in 2030 auf 2.400 Euro, für das Jahr 2026 wird es eine einmalige zusätzliche Sonderzahlung in Höhe von 200 Euro sowie einen Tankgutschein in Höhe von 50 Euro geben; Einführung eines Entlastungstages für Alle ab dem 1. Januar 2027; Verspätungen werden ab dem 1. Januar 2027 ab der ersten Minute vergütet. Weitere Details auf www.dbb.de.

Termine:

10. Dezember 2026
dbb Verkehrstag
(Weitere Informationen folgen)

11. Januar 2027
dbb Jahrestagung
Mehr Infos unter: www.dbb.de/Jahrestagung

12. - 13. April 2027
dbb Forum Personalvertretungsrecht
(Weitere Informationen folgen)